Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, FDP/JF (Ingrid Kissling, SP/Claudine Esseiva, FDP): Die mit einer engeren Zusammenarbeit/Fusion verbundenen Chancen für eine digitale Verwaltung sind im Raum Bern zu nutzen; Prüfungsbericht

In der Stadtratssitzung vom 27. Januar 2022 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt; am 20. März 2023 hat die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 30. September 2025 einstimmig zugestimmt.

Die [Machbarkeitsstudie «Kooperation Bern»](#) weist aus, dass die Agglomeration Bern heute noch gut aufgestellt ist, sich der Standortwettbewerb national und international jedoch weiter verschärfen wird. Die «smarte nachhaltige Stadtregion» kann nicht mehr über weitere bilaterale Kooperationen gesichert werden, sondern es braucht dafür gemeinsame Innovationen und Investitionen. Nur so kann den grossen Herausforderungen im urbanen Raum adäquat begegnet und eine Stärkung des Standorts Bern erreicht werden.

Die Chancen einer Fusion sind durch die Mitbestimmung in funktionalen Räumen gegeben, neue Aufgaben wie die Digitalisierung oder Aufgaben im Sozial- und Integrationsbereich, in der Raumplanung können zudem gemeinsam besser koordiniert und gelöst werden. Hinzu kommt, dass die Stadtregion als Wirtschaft- und Wohnstandort massgeblich gestärkt wird.

Wie schnell die einzelnen Gemeinden sich für diese zukunftsweisende Lösung aussprechen, ist im Moment offen. Mit der Corona-Krise sind die Gemeinden grundsätzlich stark gefordert. Die Informations- und Partizipationsveranstaltungen in den potentiellen Fusionsgemeinden wurden auf das zweite halbe Jahre verschoben und es ist noch offen, wie rasch die Prozesse vorangetrieben werden können. Vielleicht hilft das verlangsamte Tempo aber auch für eine breitere Abstützung des Prozesses.

Im Rahmen des Fusionsprozesses sind eine Vielzahl von Fragen wie z.B. die politischen Strukturen, die Abstimmungen in sachpolitischen Geschäften aber auch personalpolitische wie auch steuerrechtliche Fragen, um ein paar wenige zu nennen, zu klären.

Mit einem Fusionsprozess verbindet sich auf jeden Fall eine Zusammenführung von Verwaltungen. Schweizer Verwaltungen sind bezogen den Digitalisierungsreifegrad weniger fortgeschritten und nicht an als Vorreiter unterwegs¹. Die Neuformierung der Stadtregion bietet jedoch die Möglichkeit, die Verwaltung digital neu aufzustellen, wie wichtig das ist, wurde der Bevölkerung und der Verwaltung in den vergangenen Wochen klar. Wir würden es begrüssen, wenn die Krise hier als Chance genutzt wird.

Der Gemeinderat wird demzufolge aufgefordert zu prüfen,

1. wie er den Kontakt zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung modernisieren bzw. im Sinne der digitalen Verwaltung und von e-democracy/citizen-science interaktiver für die fusionierten Räume gestalten kann
2. Wie er mit dem Zusammenschluss von Verwaltungen Prozesse digital neu denken und aufgleisen kann.
3. Wie er mit dem Zusammenschluss von Verwaltungen die Organisation bzw. Struktur besser an digitale Herausforderungen anpassen kann
4. Wie er das damit verbundene Potenzial für das Neu-Aufsetzen von Dienstleistungen der öffentlichen Hand nutzen kann.

¹ Dazu auch der Egovernment Monitor 2019:

<https://initiatede21.de/app/uploads/2019/10/egovernment-monitor-2019.pdf>, der für die deutschsprachigen Länder eine bedingte internationale Anschlussfähigkeit ausweist

5. Wie er das Gelegenheitsfenster einer Fusion nutzen will, um die Verwaltung grundsätzlich digital zu modernisieren.
6. ob dafür nicht eine digitale Strategie und Roadmap für die fusionierten Räume notwendig wird.

Bern, 14. Mai 2020

Erstunterzeichnende: Claudine Esseiva, Ingrid Kissling-Näf

Mitunterzeichnende: -

Bericht des Gemeinderats

Das Postulat verlangt, den angestrebten Fusionsprozess im Rahmen des Projekts Kooperation Bern (KOBÉ) für den Ausbau der digitalen Verwaltung zu nutzen. Nachdem in einem ersten Schritt die Gemeinden Bolligen, Bremgarten, Frauenkappelen, Kehrsatz, Ostermundigen und Bern eine Machbarkeitsstudie zur Frage einer Fusion ausarbeiten liessen, entschlossen sich anschliessend einzig Ostermundigen und die Stadt Bern, in Fusionsverhandlungen einzutreten, die übrigen Gemeinden verzichteten darauf. Die Fusionsverhandlungen zwischen Ostermundigen und Bern mündeten in eine konkrete Vorlage, die in beiden Gemeinden am 22. Oktober 2023 zur Abstimmung gelangte. Da die Fusionsvorlage in dieser Volksabstimmung in der Stadt Bern angenommen, in Ostermundigen aber abgelehnt wurde, kam die Fusion von Bern und Ostermundigen nicht zustande. Die Anliegen des Postulats konnten daher in diesem Zusammenhang nicht weiter geprüft werden.

Die Kernanliegen des Postulats bleiben jedoch aktuell: Digitale Technologien sollen für bevölkerungsnahe Dienstleistungen, inklusiven Zugang, besseren Service und effizienteren Ressourceneinsatz genutzt werden. Zurzeit wird die Digitalstrategie der Stadt Bern erarbeitet, die als Grundlage für die Digitalisierung der Stadtverwaltung und ihrer Beziehungen zur Bevölkerung dient. Die neue Digitalstrategie ersetzt diejenige aus dem Jahr 2021 und zeigt auf, wohin sich die Stadt Bern mit der digitalen Entwicklung bewegen will und woran sie sich orientiert. Die Stadt Bern will die Digitalisierung dazu nutzen, ihre Dienstleistungen für Bevölkerung und Wirtschaft zu verbessern, auch im Sinn von mehr Inklusion: Alle Menschen sollen auf einfache Weise Zugang zu den Dienstleistungen der Stadt erhalten. Damit setzt sich die Stadt Bern auch dafür ein, die digitale Spaltung der Gesellschaft zu verkleinern und die Menschen für den digitalen Wandel zu befähigen, insbesondere auch ihre Mitarbeitenden. Die Wahl der digitalen Technologien orientiert sich an den Bedürfnissen von Bevölkerung und Wirtschaft, sowie am Ziel, Ressourcen zu schonen. Auf Behördenseite sollen der administrative Aufwand minimiert und die Effizienz gesteigert werden.

In der konkreten Umsetzung verfolgt die Stadt Bern mit dem «BernPortal» das Ziel, sämtliche digitalen Dienstleistungen über eine zentrale, integrierte Plattform bereitzustellen. Durch die konsequente Umsetzung der Prinzipien «digital first» und «once only» werden Verwaltungsprozesse effizienter, Fehler reduziert und die Niederschwelligkeit für alle Nutzenden verbessert. Das «BernPortal» wird zum digitalen Serviceportal für Bevölkerung, Wirtschaft und andere Behörden. Es ermöglicht niederschwellige, zeit- und ortsunabhängig Verwaltungsdienstleistungen. Dies führt zu einer erhöhten Zufriedenheit der Bevölkerung, erhöhter Akzeptanz des Leistungsangebots der Stadt Bern und trägt zu einer wirtschaftlicheren Verwaltung bei. Durch die zentral gepflegte Basis-Infrastruktur können veränderte Bedürfnisse schneller adressiert werden. Damit trägt das BernPortal wesentlich zur Förderung der Partizipation bei, einem Ziel der Legislaturplanung 2025–2028.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die für die Digitalisierung erforderlichen Mittel sind bzw. werden im Rahmen der ordentlichen Finanzprozesse (Mittelfristige Investitionsplanung (MPI), Budget und AFP) eingestellt. Für das BernPortal wird dem Stadtrat im ersten Semester 2026 ein Projektierungskredit beantragt.

Bern, 17. September 2025

Der Gemeinderat